

Angst vorm Abstieg meist unbegründet

Gesellschaft. Rund die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland gehört zur Mittelschicht. Daran hat sich seit der Wiedervereinigung nichts geändert. Abstiege in die Einkommensarmut sind selten – und meist nur von kurzer Dauer, wie Untersuchungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigen.

In Deutschland ist „die Mitte“ weniger ein Ort, sondern vielmehr ein gesellschaftlicher Idealzustand. Nach traditioneller Vorstellung handelt es sich dabei noch immer um die Familie mit Kindern, Eigenheim und einem alleinverdienenden vollzeitbe-

schäftigten Facharbeiter, Angestellten oder Beamten. Diesem Bild entsprechen aber lediglich 9 Prozent der Bevölkerung – die Mitte repräsentiert diese Gruppe wohl kaum. Die Mittelschicht muss also anders abgegrenzt werden.

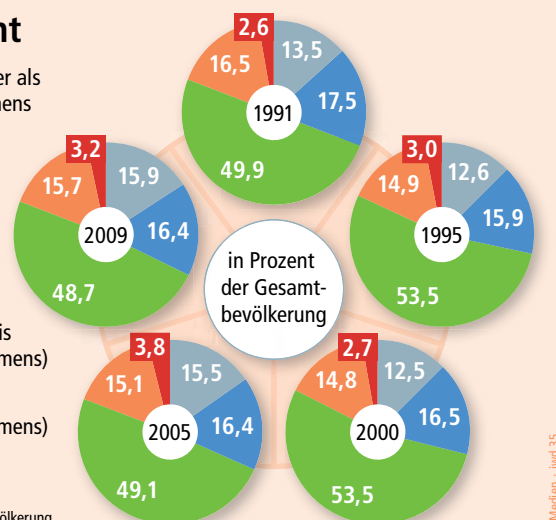
Sozialwissenschaftler beschreiben die soziokulturelle Mitte daher vor allem mittels Bildung und Beruf – wer dazugehört oder dazugehören will, braucht zumindest ein mittleres Bildungsniveau. Nimmt man nun alle Personen vom Facharbeiter bis zum Ingenieur oder Geisteswissenschaftler und definiert weiterhin, dass diese nicht dauerhaft von staatlichen Transferzahlungen abhängig sein dürfen, kommt man zur Abgrenzung der Mittelschicht, wie sie den Berechnungen des IW Köln zugrunde liegt.

So gesehen gehört knapp die Hälfte der Bevölkerung zur soziokulturellen Mitte. Familien mit Kindern machen wiederum die Hälfte davon aus – klar mehr als in der Gesamtbevölkerung, wo dieser Anteil nur 40 Prozent beträgt.

Wenn man wissen will, wo jemand steht, kommt man allerdings um die Frage nach den Finanzen nicht herum. Der für die soziokulturelle Mitte typische Einkommensbereich liegt bei 80 bis 150 Prozent des Medianeinkommens – also jenem →

Stabile Mittelschicht

- Einkommensarme haben weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung
- Einkommensschwache Mitte (60 bis 80 Prozent des Medianeinkommens)
- Mitte (80 bis 150 Prozent des Medianeinkommens)
- Einkommensstarke Mitte (150 bis 250 Prozent des Medianeinkommens)
- Einkommensreiche (mehr als 250 Prozent des Medianeinkommens)



Medianeinkommen: Einkommen, bei dem die Bevölkerung genau in zwei Hälften geteilt wird, auf den Alleinstehenden umgerechnet, im Jahr 2009 waren das 1.599 Euro netto monatlich. Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwd 35

Inhalt

Urheberrecht. Das Welturheberrechtsabkommen feiert seinen 60. Geburtstag. Trotzdem unterscheiden sich das deutsche und das US-amerikanische Recht noch immer erheblich. Seite 3

Euroländer. Auch wenn die Bürger in den 17 Mitgliedsstaaten der Währungsunion alle mit dem gleichen Geld zahlen, sind die wirtschaftlichen Verhältnisse doch sehr unterschiedlich. Seite 4-5

Fachkräftemangel. Während es in zahlreichen europäischen Ländern Fachkräfteengpässe gibt, steigt im Süden die Arbeitslosigkeit. Die Wanderung von Fachkräften wäre aber nur eine kurzfristige Lösung. Seite 6-7

Deutschsprachige Zeitungen. Derzeit gibt es etwa 100 deutschsprachige Zeitungen, die außerhalb des deutschen Sprachraums verlegt werden. Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Einkommen, das die Bevölkerung in genau zwei Hälften trennt. Zuletzt betrug dieses, auch „mittleres“ Einkommen genannte Maß umgerechnet für einen Alleinstehenden knapp 1.600 Euro netto im Monat.

Allerdings sind auch höhere und niedrigere Einkommen für die Mitte keine Seltenheit:

So verfügt beispielsweise jeder siebte Gymnasiallehrer-Haushalt über das Zwei- bis Zweieinhalbfache des Medianeinkommens von derzeit rund 1.600 Euro netto.

Insgesamt ist die Mittelschicht daher recht breit und reicht von Einkommen von 60 bis 250 Prozent des Medianeinkommens. Zur Oberschicht zählt, wer darüber liegt. Und wer unterhalb der Grenze zur relativen Einkommensarmut liegt – also weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens bezieht –, muss sich der gesellschaftlichen Unterschicht zu rechnen lassen.

Genau dieser Blick nach unten macht immer dann Schlagzeilen, wenn irgendeine Studie vor dem „Verschwinden der Mitte“ warnt – zu Unrecht, wie die IW-Berechnungen zeigen, bei denen die Bevölkerung in fünf Einkommensgruppen unterteilt wird (Grafik Seite 1):

Die Mittelschicht ist demnach seit der Wiedervereinigung Deutschlands weitgehend stabil.

Ungefähr die Hälfte der Deutschen gehört seit Jahren zur Mittelschicht, kleine Schwankungen außer Acht gelassen. Weder die positive Konjunktorentwicklung in den Jahren 2006 und 2007 noch die schwere Wirtschaftskrise 2008 und 2009 haben in nennenswertem Umfang an der Mittelschicht gerüttelt.

Markant ist allerdings eines: Etwa von 1998 bis 2004 sind der Anteil der Einkommensarmen gestiegen und

der Anteil der einkommensschwachen Mitte gesunken.

Danach ist nicht mehr viel passiert: Seit 2004 sind die Anteile der jeweiligen Schichten stabil, auch am unteren Ende – wenn auch auf etwas höherem Niveau als kurz nach der Wiedervereinigung. Die im Jahr 2005 in Kraft getretenen Hartz-Regelungen haben somit weder zu einer weiteren Auffächerung im unteren Bereich der Einkommensskala geführt noch zu einer merklichen Erosion der Mittelschicht. Von dem häufig behaupteten Schrumpfen dieser Einkommensschicht kann also keine Rede sein.

Nichtsdestotrotz bleibt die Gefahr des sozialen Abstiegs für Mit-

telschichtler ein Aufreger-Thema, besonders seit den Hartz-Reformen befürchten viele den Fall ins Bodenlose. Aber wie real sind diese – häufig auch von den Medien geschürten – Abstiegsängste? Nicht wirklich besorgniserregend, wie die Zahlen zeigen. Beobachtet man die Position der Haushalte jeweils über drei aufeinanderfolgende Jahre, dann lässt sich ermitteln, wie viele Mittelschicht Haushalte in die Unterschicht abrutschen – und wie lang sie dort bleiben (Grafik):

Nur ungefähr 2 Prozent der Mitte, also rund 400.000 der etwa 20 Millionen Haushalte, rutschen innerhalb eines Jahres in die relative Einkommensarmut ab.

Diese Zahl hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten tendenziell nicht erhöht. Und eine noch wichtigere Erkenntnis:

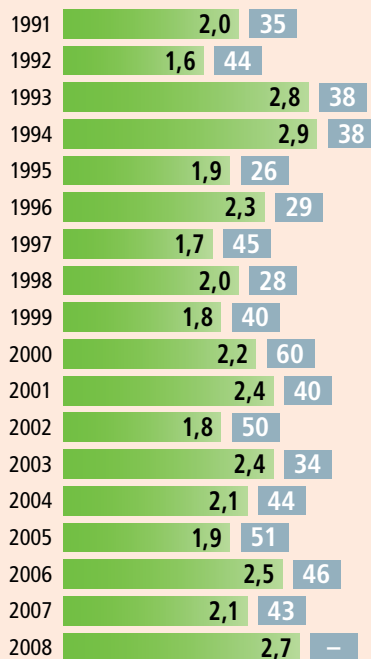
Die Mehrheit der abgestiegenen Haushalte verbleibt lediglich für ein Jahr in der untersten Einkommensgruppe – über die Hälfte der Absteiger schafft es, der Einkommensarmut innerhalb eines Jahres zu entkommen.

Dieser Wert lag vor der Jahrtausendwende allerdings noch höher: Damals konnten sogar bis zu drei Viertel der Absteiger die unterste Einkommensgruppe binnen eines Jahres schon wieder verlassen.

Innerhalb der breiten Einkommensspanne, die die Mitte ausmacht, gibt es jedoch auch Auf und Abs. Etwa jeder zehnte Mittelschichtler, der in einem Jahr zur typischen Mitte zählte, ist im Jahr darauf in die einkommensschwache Mitte abgerutscht und verfügt nur noch über 60 bis 80 Prozent des mittleren Einkommens. Doch nur ein sehr kleiner Anteil dieser Haushalte gleitet anschließend weiter in die Einkommensarmut ab.

Mittelschicht: Seltener Abstieg

Lesebeispiel: Im Jahr 1991 rutschten **2 Prozent** der Mittelschichtler in die Einkommensarmut ab, **35 Prozent** von ihnen blieben dort länger als ein Jahr.



Einkommensarmut: Betroffene haben weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten Medianeinkommens zur Verfügung, das ist das Einkommen, bei dem die Bevölkerung genau in zwei Hälften geteilt wird; Mittelschicht: Zugehörige haben 80 bis 150 Prozent des bedarfsgewichteten Medianeinkommens zur Verfügung
 Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Werk oder nicht Werk

Urheberrecht. Seinen 60. Geburtstag feiert demnächst das Welturheberrechtsabkommen, das im September 1952 beschlossen wurde. Seinerzeit haben die USA und die europäischen Länder ihre jeweiligen Urheberrechte anerkannt. Doch von einer Angleichung der beiden Systeme kann bis heute nicht die Rede sein.

Das Urheberrecht schützt Ergebnisse geistigen Schaffens auf kulturellem Gebiet – und ist somit das Pendant zum gewerblichen Rechtsschutz, der beispielsweise Patente und Gebrauchsmuster umfasst. Das Urheberrecht unterscheidet sich allerdings trotz internationaler Abkommen immer noch erheblich von Land zu Land, auch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA (Tableau).

Das deutsche Urheberrecht stellt den menschlichen „Schöpfer“ in den Mittelpunkt. Er erhält umfassende ideelle und wirtschaftliche Rechte an seinem Werk, die untrennbar mit seiner Person verbunden und nicht handelbar sind – also nicht wie Patente den Besitzer wechseln können.

Das stärker ökonomisch orientierte US-amerikanische Copyright dagegen gibt an, wer das Recht hat, ein bestimmtes Werk wirtschaftlich zu verwerten. Dies ist nicht zwangsläufig der Urheber des Werks, sondern der jeweilige Inhaber der Nutzungsrechte.

Zudem hat ein Urheber in Deutschland das Recht, der Nutzung seines Werks in weiten Teilen zu widersprechen. Dieses Vetorecht kann allerdings zu grotesken Ergebnissen führen. Ein Beispiel: Beim

Urheberrecht: Deutsch-amerikanische Unterschiede

Urheberrecht (Deutschland)	Copyright Law (USA)
Mögliche Inhaber	
Natürliche Personen	Natürliche und juristische Personen
Verwertungsrechte	
Sind untrennbar an den Urheber gebunden	Liegen beim jeweiligen Inhaber des Schutzrechts
Handelbar-/Übertragbarkeit	
Im Gegensatz zu anderen Schutzrechten (z.B. Patenten) nicht handelbar. Urheber kann lediglich Nutzungsrechte vergeben.	Urheber kann Rechte verkaufen, Nutzungsrechte vergeben oder auf Rechte verzichten. Rechteinhaber kann diese ohne Zustimmung des Urhebers weiterverkaufen.
Schutzrechtsdauer	
Gesamte Lebenszeit und 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers	Natürliche Personen: gesamte Lebenszeit und 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers; Unternehmen: bis zu 95 Jahre (bis 1989: 75 Jahre nach Eintragung)
Vetorechte des Urhebers	
Urheber behält starke Vetorechte gegenüber Nutzern des Schutzrechts	Urheber behält eingeschränkte Vetorechte gegenüber Nutzern oder Inhabern des Schutzrechts
Einschränkungen der Ausschließbarkeit	
Wiedergabe urheberrechtlich geschützten Materials im nicht kommerziellen Lehrbetrieb und in Form von Zitaten (Entlehnungsfreiheit) kann ohne Zustimmung des Urhebers erfolgen Vervielfältigung für private Zwecke mit größeren Einschränkungen erlaubt	Wiedergabe urheberrechtlich geschützten Materials zum Zwecke der Kritik, der Stellungnahme, der Berichterstattung, der Bildung und der Wissenschaft und in Form von Zitaten kann ohne Zustimmung des Urhebers bzw. Inhabers des Schutzrechts erfolgen („Fair Use“) Vervielfältigung für private Zwecke mit kleineren Einschränkungen erlaubt
Anmeldepflicht	
Nein	Nicht mehr (bis 1989: Eintragung in zentrales Copyrightverzeichnis)

Quelle: IW-Zusammenstellung

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iw-d 35

Bau des Berliner Hauptbahnhofs war der Bauherr, die Deutsche Bahn, bei der Deckenkonstruktion vom teuren Vorschlag des Architekten abgewichen. Der wehrte sich dagegen – mit Erfolg. Das Berliner Landgericht verdonnerte die Bahn mit Hinweis auf das künstlerische Urheberrecht und das verletzte ästhetische Empfinden des Architekten dazu, die ursprünglich geplante Decke nachträglich zu realisieren – was Kosten im zweistelligen Millionenbereich nach sich zog.

Auf vielen Tonträgern, Filmen und Büchern findet sich auch heute

noch das bekannte Copyrightzeichen ©. Da Urheberrechte jedoch inzwischen weltweit automatisch entstehen, sobald ein neues Werk bestimmte Mindestanforderungen erfüllt, hat dieser Vermerk eher symbolische Bedeutung.

Eine Mindestanforderung ist die sogenannte Schöpfungshöhe, das heißt, hinter dem Werk muss eine bewusste geistige Leistung eines Menschen stecken. Das gilt etwa für einen Roman und ein Gedicht – aber zum Beispiel nicht für die Werke des malenden Orang-Utans Buschi im Osnabrücker Zoo.

Europäische Vielfalt

Euroländer. Die Währungsunion hat heute 17 Mitgliedsstaaten. Zwar zahlen alle mit dem gleichen Geld, doch die wirtschaftlichen Verhältnisse sind sehr unterschiedlich. Ein Überblick.

Krise und nichts als Krise – wenn derzeit vom Euro die Rede ist, geht es fast nur noch um Länder, die mit Schulden und Rezession zu kämpfen haben. Doch der Euroraum besteht nicht nur aus Sorgenkindern – die Staatenfamilie ist bunt. Das zeigen schon die großen Unterschiede in der Wirtschaftskraft (Grafik):

Während Luxemburg 2011 ein um Kaufkraftunterschiede bereinigtes Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 57.500 Euro je Einwohner erzielte, kam Estland nur auf 14.700 Euro.

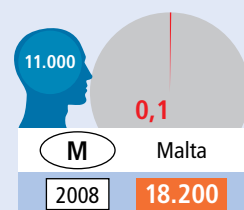
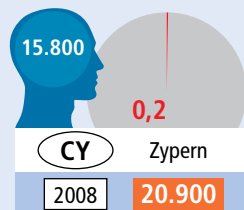
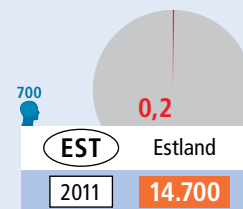
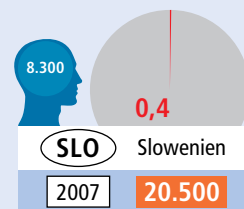
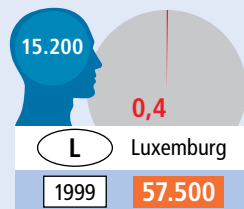
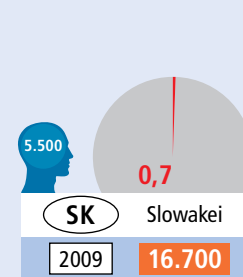
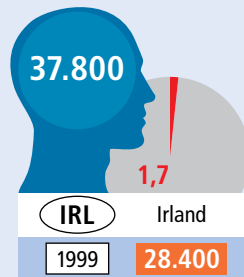
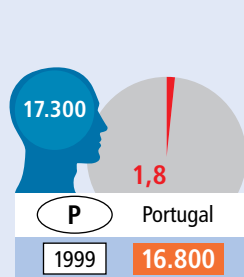
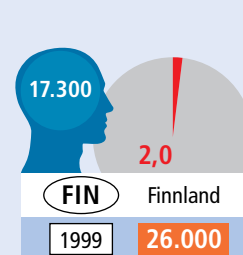
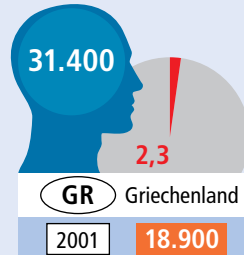
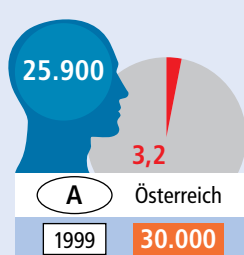
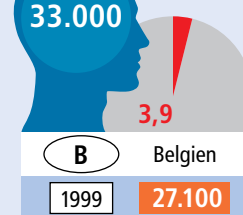
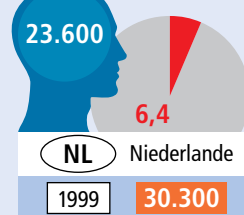
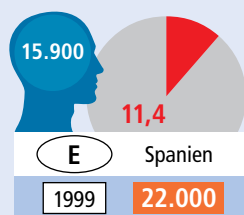
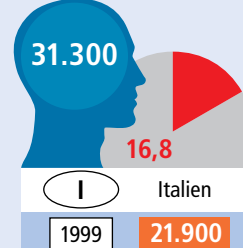
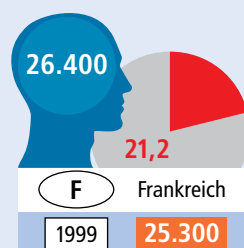
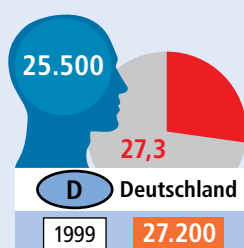
Das Einkommensgefälle spiegelt sich in der Konsumstruktur wider – die Esten mussten zuletzt fast ein Viertel ihres Haushaltsbudgets für Essen und Trinken aufwenden, die Luxemburger nur gut ein Zehntel.

Erhebliche Unterschiede bestehen auch beim Außenhandel. Er ist in den Beneluxstaaten, in Estland und der Slowakei ein entscheidender Wirtschaftsfaktor. Dagegen machen die Exporte in Griechenland, Frankreich und Italien nur etwa ein Fünftel des BIP aus. Die Griechen liefern zudem einen relativ kleinen Teil ihrer Güter an die Euro-Nachbarn.

Wirtschaftlicher Erfolg hängt häufig mit einem innovativen Produktangebot zusammen. Finnland, Deutschland und Österreich investieren daher besonders viel in Forschung und Entwicklung. Zypern dagegen hatte dafür zuletzt nur ein halbes Prozent seines BIP übrig.

Soll und Haben

■ Staatsschulden je Einwohner 2011 in Euro ■ Anteil am nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euroraums 2011 in Prozent □ Mitglied des Euroraums seit ■ BIP je Einwohner, um Kaufkraftunterschiede bereinigt, 2011 in Euro

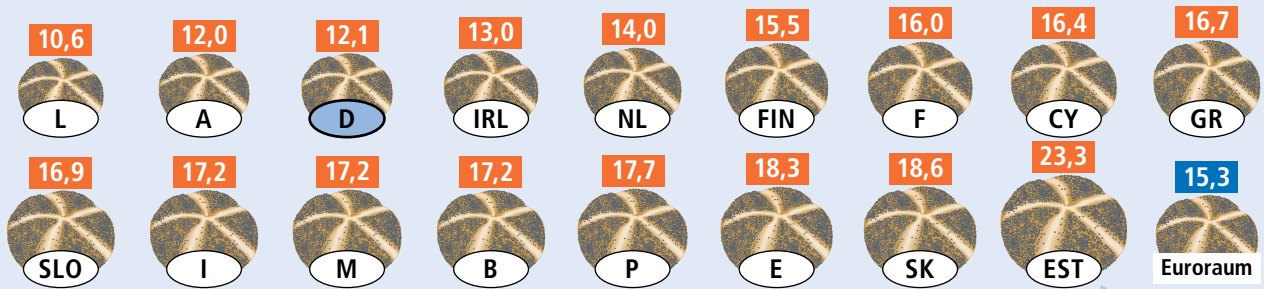


Nominales BIP des Euroraums im Jahr 2011 insgesamt in Milliarden Euro
9.422

Quelle: Internationaler Währungsfonds

Die Wirtschaft der Euroländer

Brot und Butter So viel Prozent aller Konsumausgaben der Haushalte im Jahr 2011 entfielen auf Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke

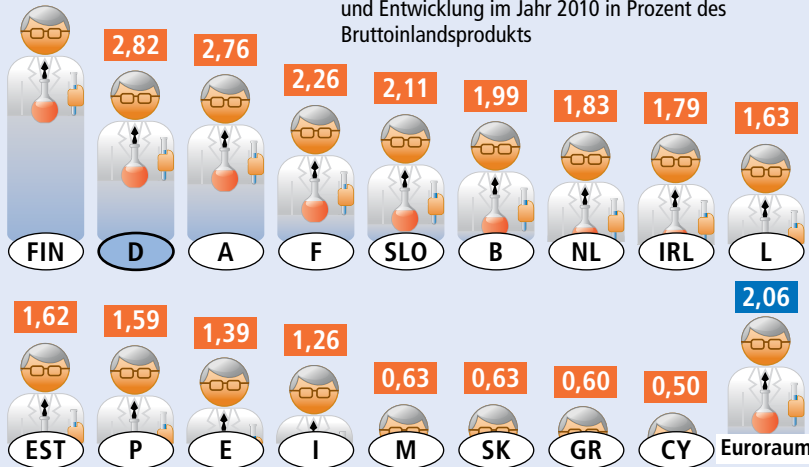


Ursprungsdaten: Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 35

3,87 **Such und find** Staatliche und private Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Jahr 2010 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Vorläufige Werte; Griechenland: Wert für 2007; Quelle: Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 35

Hin und her

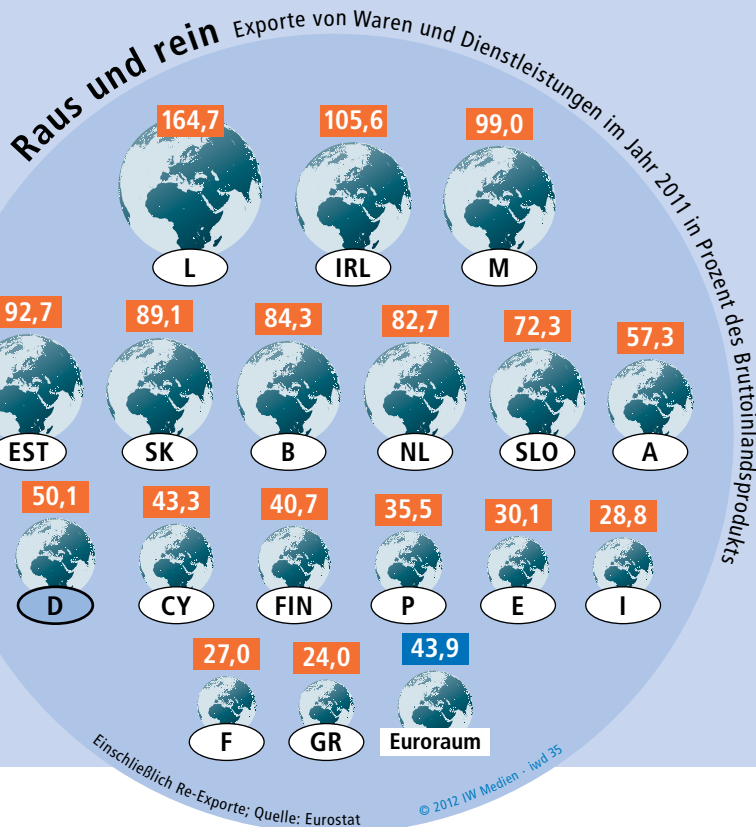
- So viel Prozent der Exporte im Jahr 2011 gingen in andere EU-Länder
- So viel Prozent der Importe im Jahr 2011 kamen aus anderen EU-Ländern



Quelle: Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln


© 2012 IW Medien - Iwd 35



Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 35

Wandern wegen eines Jobs

Fachkräftemangel. Noch ist Europa zwiegespalten: Während in zahlreichen Ländern viele Unternehmen über Fachkräftengpässe klagen, verlieren in den südlichen Ländern immer mehr Menschen ihren Job. Kurzfristig wäre die Wanderung von Fachkräften eine Lösung. Doch langfristig muss Europa andere Strategien finden, um dem demografischen Wandel zu begegnen. 

Ob Hausärzte, Psychotherapeuten oder Kinderärzte: In der Bundesrepublik herrscht Mediziner-mangel. Im Mai kamen auf 100 offene Stellen nur 93 arbeitslose Ärzte. Doch auch Krankenschwestern, Erzieher, Elektriker, Maurer, Schlosser und Ingenieure fehlen. Und die Liste der Fachkräfte, die Deutsch-

land ausgehen, dürfte künftig noch länger werden: Erstens läuft die Wirtschaft bei gleichzeitig niedriger Arbeitslosigkeit rund, was die Suche nach Personal ohnehin schon schwer macht. Zweitens schrumpft und altert die Bevölkerung zusehends, was den Fachkräftengpass Jahr für Jahr weiter verschärft.

Hilfe bei der Personalsuche

Das Bundeswirtschaftsministerium unterstützt mit dem „Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung“ kleine und mittlere Unternehmen dabei, qualifiziertes Personal – auch im Ausland – zu finden und zu binden. Weitere Informationen gibt es unter www.kompetenzzentrum-fachkraeftesicherung.de

Doch auch in vielen anderen europäischen Ländern suchen Firmen händeringend nach Mitarbeitern (Grafik):

Für knapp 17 Prozent der schwedischen Unternehmen sind Fachkräftengpässe die größte Wachstumsbremse.



In Deutschland klagen 15 Prozent der kleinen und mittleren Betriebe über massive Personalschwierigkeiten, in Frankreich fast 12 Prozent.

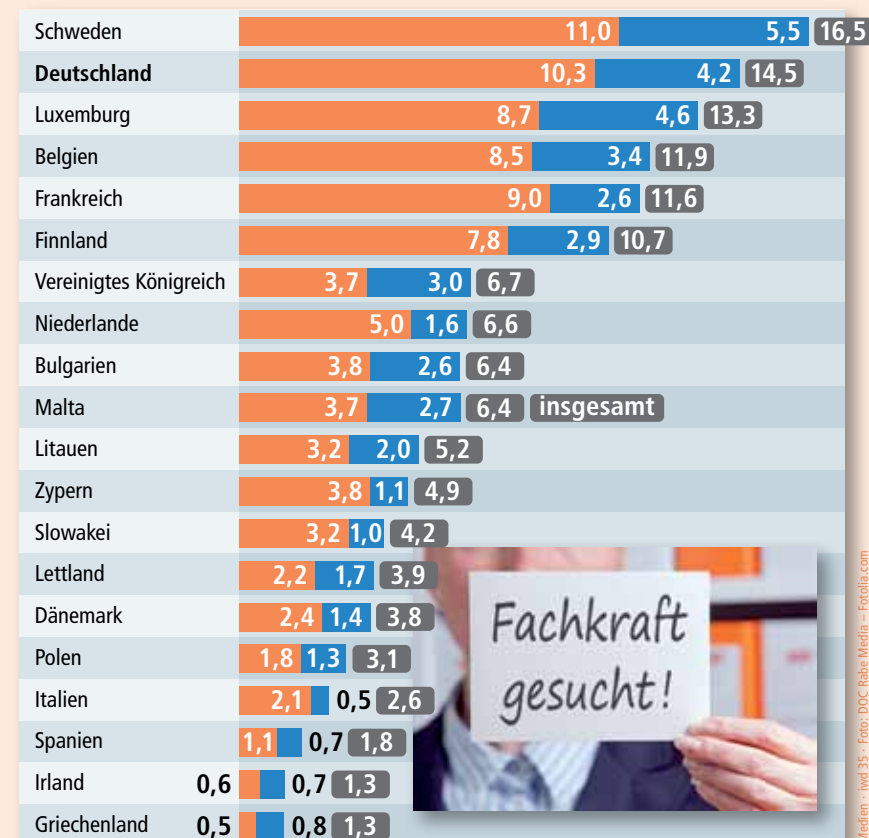
Anderswo in Europa gibt es dagegen auf dem Arbeitsmarkt ganz andere Probleme. Vor allem in Spanien, Griechenland, Italien und Portugal hat der Wirtschaftseinbruch viele Menschen den Job gekostet. In Griechenland zum Beispiel stieg die Arbeitslosenquote zwischen 2009 und 2011 um gut 8 Prozentpunkte auf 17,7 Prozent (Grafik Seite 7), aktuell sind es sogar über 22 Prozent. Besonders häufig trifft es junge Leute: Im Jahr 2011 waren 46 Prozent der spanischen und 44 Prozent der griechischen Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 24 Jahren vergeblich auf Jobsuche (vgl. iwD 32/2012).

Angesichts dessen läge es nahe, dass – vereinfacht gesagt – junge, arbeitslose Fachkräfte aus Südeuropa in den Norden wandern, wo qualifizierte Mitarbeiter rar sind. Die Rekrutierung von Fachkräften im Ausland (Kasten) ist – zumindest kurzfristig – auch sinnvoll: Im Süden

Fachkräftemangel in Europa

Für so viel Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen sind Fachkräftengpässe das größte Hemmnis für Unternehmenswachstum zwischen 2011 und 2013

 Fachkräfte nur eingeschränkt verfügbar  Fachkräfte verlassen das Unternehmen



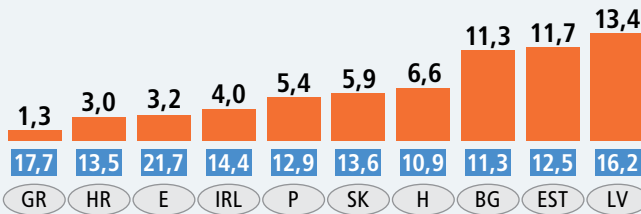
Befragung von 25.000 Unternehmen in 20 EU-Ländern durch Eurostat im Jahr 2010
Quelle: Eurostat

Fachkräfte: Große Engpässe in Europas Norden

- Für so viel Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen ist die mangelnde Verfügbarkeit von Fachkräften das größte Problem
- Arbeitslosenquote im Jahr 2011

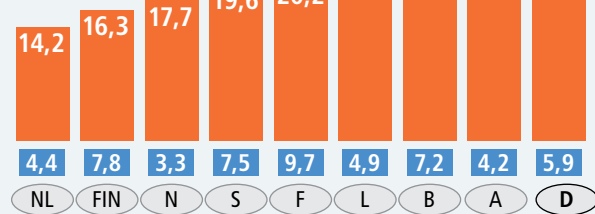
Potenzielle Herkunftsländer:

Länder, deren Fachkräfteengpass geringer und deren Arbeitslosenquote größer ist als im EU-27-Durchschnitt



Potenzielle Zielländer:

Länder, deren Fachkräfteengpass größer und deren Arbeitslosenquote geringer ist als im EU-27-Durchschnitt



Befragung von 15.000 Unternehmen aus 38 Ländern durch die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank im Jahr 2011
Kennzeichen HR = Kroatien, BG = Bulgarien, LV = Lettland; Ursprungsdaten: Europäische Kommission/Europäische Zentralbank, Eurostat

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iw-d 35

senkt sie die Arbeitslosigkeit und im Norden lindert sie die Fachkräfteengpässe. Unterm Strich wächst europaweit die Beschäftigung.

Tatsächlich haben Arbeitskräfte aus Südeuropa ihren Lebensmittelpunkt längst gen Norden verlagert – etwa nach Deutschland: Die Bundesagentur für Arbeit zählte im Mai 2012 insgesamt rund 450.000 griechische, spanische, portugiesische und italienische Beschäftigte, das waren 6,5 Prozent mehr als 2011.

Mittlerweile bieten viele Betriebe ihren ausländischen Neuzugängen eine Reihe von Integrationshilfen an, die die Ankunft erleichtern sollen: Neben Sprachkursen setzen die Unternehmen auf Mentorenprogramme, Hilfen bei der Kinderbetreuung und bei Behördengängen sowie Karrierepläne für den Partner.

Mittel- bis langfristig ist die inner-europäische Wanderung von Arbeitskräften allerdings keine Lösung für das Fachkräfteproblem. Denn die Bevölkerungen fast aller europäischen Länder werden sukzessive älter, und den Arbeitsmärkten steht immer weniger Nachwuchs zur Verfügung. Sobald die Wirtschaft der südeuropäischen Länder wieder wächst, wird auch dort der Bedarf an qualifiziertem Personal steigen.

Deshalb müssen jene Länder, die bereits heute unter Fachkräfteengpässen leiden, diese aus eigener Kraft zu lindern versuchen:

- **Höhere Erwerbstätigkeit.** In Deutschland gaben im Jahr 2011 rund 7,4 Millionen Menschen an, dass sie gern eine Arbeit aufnehmen oder ihre wöchentliche Arbeitszeit ausdehnen würden. Diese Wünsche könnten z.B. dadurch erfüllt werden, dass man es Müttern und Vätern erleichtert, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren.
- **Längere Erwerbstätigkeit.** Wenn Fachkräfte aufgrund eines erhöhten Renteneintrittsalters länger arbeiten, müssen sie logischerweise erst später ersetzt werden. Damit ältere Mitarbeiter möglichst lange bleiben,

sollten Unternehmen ihnen ein altersgerechtes Arbeitsumfeld bieten.

- **Qualifiziertere Erwerbstätigkeit.** Fachkräfteengpässe können auch durch die Weiterqualifizierung des vorhandenen Personals verringert werden. Dabei sollten alle Qualifikationsstufen berücksichtigt werden, damit sich der Engpass nicht von einer Stufe auf die nächstniedrigere verschiebt.



aus IW-Trends
3/2012

Markus Demary, Vera Erdmann: Fachkräfteengpässe und Arbeitslosigkeit in Europa – Wanderung als kurzfristiger Ausgleichsmechanismus

www.iwkoeln.de/trends

Abschlussstagung zum Projekt VITNESS

Weil die Wirtschaft sich schneller denn je wandelt, müssen Unternehmen ihre Personalpolitik immer flexibler gestalten. Zugleich gilt es jedoch, gute Mitarbeiter zu halten und zu fördern. Dazu beitragen können beispielsweise Vertrauen in die Eigenverantwortung der Beschäftigten, regelmäßige Mitarbeitergespräche sowie familienfreundliche Arbeitszeitmodelle.

Über die Erfahrungen mit einem solchen modernen Personalmanagement berichten IW-Direktor Prof. Michael Hüther und das Projektteam auf der Abschlussveranstaltung des IW-Projekts VITNESS „Flexibilität und Stabilität in Balance – Neue Erkenntnisse zu einer vertrauten Verbindung“ am 20. September 2012 in Köln. Zudem stellen sich Betriebe vor, die diese Strategie bereits erfolgreich umgesetzt haben.

Programm und Anmeldung unter www.iwkoeln.de/Abschlussstagung-VITNESS

Das tägliche Stück Heimat

Deutschsprachige Zeitungen. Derzeit gibt es rund 2.000 regelmäßig erscheinende deutschsprachige Druckmedien, die außerhalb des deutschen Sprachraums verlegt werden. Etwa 100 davon sind Zeitungen.

Wenn in der ersten Septemberwoche in Kiew der 64. Weltkongress der Zeitungen stattfindet, wird auch die namibische Verlagsgruppe „Democratic Media Holding“ vertreten sein. Sie gibt die deutschsprachige „Allgemeine Zeitung“ heraus – das 1916 gegründete Blatt ist die älteste Zeitung Namibias (Grafik).

Außerhalb von Deutschland, Österreich, der Schweiz, Liechtenstein und Luxemburg erscheinen deutschsprachige Publikationen z.B. in Italien, Spanien, Osteuropa und Nordamerika. Die meisten sind von Auswanderern gegründet worden, einige aber auch von einheimischen Investoren oder von Außenministerien im Rahmen des Minderheitenschutzes.

Adressaufkleber

Neues aus der Dolomiten

Weltweit gibt es sieben deutschsprachige Tageszeitungen, deren Verlagsort in einem nicht deutschsprachigen Land liegt



Das verbindende Element der „Griechenlandzeitung“, dem „Argentinischen Tageblatt“ oder der „Mallorca Zeitung“ ist allerdings nur eins: die deutsche Sprache.

Ansonsten hat jedes Blatt seine spezielle Zielgruppe. Während die „Allgemeine Zeitung“ die deutschsprachige Minderheit in Namibia und Interessierte in Deutschland anspricht, richtet sich die „Deutsche Türkei Zeitung – Prima Türkei“ an Touristen. Und in Bulgarien nehmen vor allem deutschsprachige Geschäftsleute das „Bulgarische Wirtschaftsblatt“ in die Hand, um sich über aktuelle Entwicklungen in Osteuropa zu informieren.

Große Unterschiede gibt es auch bei den Geschäftsmodellen. So vertreibt der chilenische „Cóndor“ seine 7.000 Exemplare starke Auflage fast nur über Abonnements, wäh-

rend die deutschsprachige Gemeinde Belgiens das „Grenz-Echo“ täglich auch an Kiosken, Tankstellen oder in Buchhandlungen kaufen kann.

Wieder anders verhält es sich beim „Pester Lloyd“ in Ungarn, dessen Printausgabe 2009 aufgrund der starken Konkurrenz durch die „Budapester Zeitung“ eingestellt wurde. Stattdessen gibt es nun ein kostenloses Online-Angebot, das ausschließlich über Anzeigen sowie Spenden der Leser finanziert wird.

Die Zukunft der deutschsprachigen Blätter im Ausland hängt vom Erscheinungsort ab. In Chile oder den USA sinken die Auflagen – dort liegen die großen deutschen Einwanderungswellen lange zurück. In Boom-Regionen wie Singapur und Hongkong dagegen entstehen immer neue Publikationen, vor allem für deutsche Geschäftsleute.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.